

33. TAGUNG

CG33(2017)07
11.Oktober 2017

Zusammenfassung der Berichte- vorgelegt bei der 33. Tagung des Kongresses

Inhalt

I. BEI DEN PLENARSITZUNGEN DES KONGRESSES VORGELEGTE BERICHTE	2
Prüfung der Beglaubigungsschreiben der neuen Mitglieder und der offiziellen Verfahren für die Ernennung nationaler Delegationen beim Kongress	2
Kommunale und regionale Demokratie in Serbien	2
Kommunale und regionale Demokratie in Italien	3
Lokale Demokratie in der Republik Moldau: Klärung der Umstände der Enthebung des Bürgermeisters von Chişinău	3
Transparente Gestaltung der öffentlichen Auftragsvergabe auf kommunaler und regionaler Ebene	4
Eine bessere Zukunft für die ländlichen Gebiete Europas	4
10 Jahre Europäische Woche der lokalen Demokratie	5
Kommunale und regionale Demokratie in der Schweiz	5
II. BEI DER KAMMER DER GEMEINDEN VORGELEGTE BERICHTE	6
Beobachtung der Kommunalwahlen in Finnland (9. April 2017)	6
Das Funktionieren der Organe der kommunalen Demokratie im Kontext sprachlicher Vielfalt in den „Fazilitäten-Gemeinden“ (Gemeinden mit Spracherleichterungen) rund um Brüssel in der Flämischen Region	6
Informationsbericht über die Wahlen zum Ältestenrat der Stadt Jerewan, Armenien (14. Mai 2017)	7
III. BEI DER KAMMER DER REGIONEN VORGELEGTE BERICHTE	8
Regional- und Minderheitensprachen im heutigen Europa	8

I. BEI DEN PLENARSITZUNGEN DES KONGRESSES VORGELEGTE BERICHTE
--

Prüfung der Beglaubigungsschreiben der neuen Mitglieder und der offiziellen Verfahren für die Ernennung nationaler Delegationen beim Kongress

Berichtersteller¹:

Mihail ANGELOPOULOS, Griechenland (L, EPP/CCE) und Eunice CAMPBELL-CLARK, Vereinigtes Königreich (R, SOC)

Präsidium des Kongresses

CG33(2017)02
Entschließung

Die Berichtersteller werden die Beglaubigungsschreiben der neuen Mitglieder und neue Verfahren für die Ernennung nationaler Delegationen im Hinblick auf die aktuellen Kriterien der Kongress-Charta und der Verfahrensregeln prüfen.

Kommunale und regionale Demokratie in Serbien

Berichtersteller:

Lucia KROON, Niederlande (L, EPP/CCE) und Sören SCHUMACHER, Deutschland (R, SOC)

Monitoring-Ausschuss

CG33(2017)19prov
Empfehlung

Dies ist der zweite Bericht zur kommunalen und regionalen Demokratie in Serbien, seitdem das Land 2007 die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung ratifiziert hat. Der Bericht weist darauf hin, dass Serbien positiv auf die meisten vorausgegangenen Empfehlungen, die 2011 vom Kongress angenommen wurden, befolgt hat, insbesondere die Ratifizierung des Europäischen Rahmenübereinkommens über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen Gebietskörperschaften oder Behörden und die Unterzeichnung des Zusatzprotokolls zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung zum Recht auf Teilnahme an den Angelegenheiten der kommunalen Verwaltung. Darüber hinaus wurde eine Reihe von wichtigen legislativen Schritten ergriffen, um die kommunale Selbstverwaltung zu modernisieren und zu stärken, vor allem die Annahme eines Gesetzes, das sich mit dem Status kommunaler Verwaltungsmitarbeiter befasst. Die Berichtersteller betonen die Notwendigkeit einer weiterreichenden Umsetzung der Strategie zur Reformierung der öffentlichen Verwaltung und ermutigen die serbischen Stellen, ihre Bemühungen zur Bekämpfung von Korruption, u.a. auf kommunaler Ebene, fortzuführen.

Die Berichtersteller lenken die Aufmerksamkeit der Stellen auf das temporäre Einstellungsverbot, die Möglichkeit der Auflösung von Gemeinderäten und das Fehlen transparenter Kriterien für die Zuweisung staatlicher Zuschüsse und Mittel aus dem Reservefonds. Der Kongress empfiehlt den serbischen Stellen, den Gemeinden ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen, damit diese ihre Aufgaben erfüllen und die volle Verantwortung für die Gesundheitsversorgung und Bildung auf kommunaler Ebene aufrechterhalten können. Schließlich drängt er Serbien, die finanzielle Situation der Autonomen Provinz Vojvodina zu klären und zu verbessern.

1 L: Kammer der Gemeinden / R: Kammer der Regionen
EPP/CCE: Fraktion der Europäischen Volkspartei im Kongress
SOC: Sozialistische Fraktion
ILDG: Fraktion der unabhängigen und liberalen Demokraten
ECR: Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer
NR : Mitglieder, die keiner politischen Gruppe des Kongresses angehören

Kommunale und regionale Demokratie in Italien

Berichterstatter:

Jakob WIENEN, Niederlande (L, EPP/CCE) und Stewart DICKSON, Vereinigtes Königreich (R, ILDG)

Monitoring-Ausschuss

CG33(2017)17prov
Empfehlung

Dieser Bericht wurde nach dem dritten Monitoring-Besuch in Italien, seitdem dieses Land 1999 die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung ratifiziert hat, verfasst. Der Bericht weist mit Zufriedenheit darauf hin, dass das Prinzip der Selbstverwaltung in der Verfassung des Landes umfassend in der Staatsordnung verankert wurde. Der Bericht lobt des Weiteren die von diesem Land ergriffenen Maßnahmen zur Förderung der Dezentralisierung. Dessen ungeachtet verleihen die Berichterstatter ihrer Sorge im Hinblick auf das allgemeine Fehlen ausreichender Mittel für die Gemeinden Ausdruck, vor allem für die Provinzen, sowie im Hinblick auf das Fehlen wirksamer Konsultationen zu Finanzangelegenheiten, die sie unmittelbar betreffen. Der Bericht hebt die Tatsache hervor, dass die Gemeinden in der Praxis nicht über ausreichend qualifiziertes Personal verfügen. Darüber hinaus werden die Vertreter der Provinzen und der Großstädte nicht durch direkte und allgemeine Wahl gewählt und erhalten keine angemessene finanzielle Vergütung, um ihre Zuständigkeiten durchführen zu können. Schließlich gibt es noch eine Diskrepanz zwischen den Finanzmitteln der Regionen, die einen Sonderstatus haben, und jenen Regionen, die diesen Status nicht haben.

Der Kongress fordert die italienischen Stellen auf, während der Konsultationen die Berechnung der Haushaltskürzungen zu überdenken und die finanziellen Einschränkungen, die den kommunalen Stellen auferlegt sind, aufzuheben, um auf diese Weise ausreichende Finanzmittel für diese sicherzustellen. Er empfiehlt eine Klärung der Zuständigkeiten der Provinzen und der Großstädte durch die Wiedereinführung der Direktwahl dieser Regierungsorgane, die Bereitstellung einer angemessenen finanziellen Vergütung für deren Vertreter und eine Überarbeitung der aktuellen Einschränkungen im Hinblick auf kommunale Mitarbeiter. Abschließend empfiehlt der Kongress den italienischen Stellen, den Regionen ohne Sonderstatus eine größere steuerliche Autonomie einzuräumen.

Lokale Demokratie in der Republik Moldau: Klärung der Umstände der Enthebung des Bürgermeisters von Chişinău

Berichterstatterin: Gunn Marit HELGESEN, Norwegen (R, EPP/CCE)

Präsidium des Kongresses

CG33(2017)23prov
Entschließung

Das vorliegende Dokument nimmt Bezug auf die Schlussfolgerungen der Berichterstatterin, Gunn Marit Helgesen, zu ihrem Besuch in Chişinău, den sie im Auftrag des Kongresses durchgeführt hat. Die Berichterstatterin stellt mit Besorgnis fest, dass die Umstände der Enthebung des Bürgermeisters der Hauptstadt der Republik Moldau im Hinblick auf die Artikel 3-2, 7-1 und 8-3 der Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung bedenklich sind. Sie schlägt einen Entschließungsentwurf vor, der darauf abzielt, den Kongress mit der Organisation einer Erkundungsmission zu beauftragen, infolge derer eine Empfehlung an die moldauischen Behörden gerichtet wird. Des Weiteren soll der Entschließungsentwurf dazu dienen, die Venedig-Kommission um ein Gutachten zur Verfassungsmäßigkeit des kommunalen Enthebungsreferendums zu ersuchen, das laut der Berichterstatterin einen Verstoß gegen Artikel 7-1 der Charta darstellt, und die in dem vorliegenden Bericht enthaltenen Informationen an den Monitoring-Ausschuss weiterzuleiten, damit er diesen bei dem für 2018 geplanten Monitoring der lokalen und regionalen Demokratie in der Republik Moldau Rechnung trägt, insbesondere angesichts der zwischenzeitlich vom Kongress der moldauischen Gemeinden(CALM) beim Kongress eingereichten Beschwerde, in der bemängelt wird, dass durch wiederholt gegen sie eingeleitete Gerichtsverfahren Druck auf kommunale Mandatsträger ausgeübt wurde.

Transparente Gestaltung der öffentlichen Auftragsvergabe auf kommunaler und regionaler Ebene

Berichterstatlerin: Amelie TARCHYS INGRE, Schweden (L, ILDG)

Governance-Ausschuss

CG33(2017)13prov
Entschließung
Empfehlung

Da die öffentliche Auftragsvergabe einen großen Teil der öffentlichen Ausgaben betrifft und in immer stärkerem Maße die Übertragung öffentlicher Mittel an den Privatsektor oder an gemeinnützige Organisationen einschließt, ist sie besonders anfällig für verschiedene Formen der Korruption. Dieser Bericht untersucht die systemischen Probleme der kommunalen und regionalen öffentlichen Auftragsvergabe, die Korruptionsrisiken generieren, u.a. geringe Kenntnisse über das Beschaffungswesen, Drehtür-Effekt oder mangelnde Transparenz, und enthält praktische Vorschläge für die kommunalen und regionalen Stellen, wie sie ihr Risiko für eine solche Korruption mindern können.

In seiner Entschließung ruft der Kongress die kommunalen und regionalen Stellen auf, die unterschiedlichen Korruptionsrisiken, die mit der öffentlichen Auftragsvergabe verbunden sind, zu bewerten und interne Kontroll- und Evaluationsmechanismen festzulegen. Er ruft die Stellen auf, die Transparenz durch die Veröffentlichung von Daten und Details zur öffentlichen Auftragsvergabe in allen Phasen des Verfahrens zu erhöhen, um so die öffentliche Kontrolle zu fördern und die Zivilgesellschaft einzubeziehen.

In seiner Empfehlung bittet er außerdem das Ministerkomitee, die Regierungen und Parlamente der Mitgliedstaaten aufzufordern, nationale Standards für die öffentliche Auftragsvergabe festzulegen und elektronische Vergabesysteme einzuführen, um auf diese Weise den mit dem Beschaffungswesen verbundenen menschlichen Ermessensspielraum zu minimieren.

Eine bessere Zukunft für die ländlichen Gebiete Europas

Berichterstatler: Philippe LEUBA, Schweiz (R, ILDG)

Governance-Ausschuss

CG33(2017)16prov
Entschließung
Empfehlung

Die ländlichen Gebiete in den Mitgliedstaaten des Europarats zeichnen sich durch ihre soziale, wirtschaftliche und ökologische Vielfalt aus. Einige ländliche Gebiete stellen die wohlhabendsten und leistungstärksten Gebiete ihrer Länder dar, während andere eine Entvölkerung, eine demografische Überalterung, ein hohes Maß an Armut und Verbrachung erleben. Diese Unterschiede haben sich seit der Finanzkrise 2008 noch verschärft.

Der Bericht erörtert die wichtigsten Chancen sowie die Herausforderungen, mit denen die ländlichen Gebiete Europas konfrontiert sind, u.a. territorialer Zusammenhalt, soziale Nachhaltigkeit, Beschäftigungsmöglichkeiten und Ausbau der Infrastruktur.

In seiner Entschließung ruft der Kongress die Gemeinden und Regionen in ländlichen Gebieten auf, das öffentliche Bewusstsein und das Bewusstsein der politischen Entscheidungsträger für das Potenzial und die Möglichkeiten ihrer ländlichen Regionen sowie deren Bedeutung als Teil des europäischen Erbes zu erhöhen. Er ruft sie auf, zusammen mit allen an der ländlichen Entwicklung beteiligten Akteuren, lokale Strategien für die ländliche Entwicklung zu entwerfen; Mindeststandards für Dienstleistungen festzulegen, um die störungsfreie Bereitstellung wesentlicher Dienste zu gewährleisten; Bildung und Ausbildung zu verbessern und Unternehmertum und Innovation zu unterstützen, um die lokale Wirtschaft zu diversifizieren. In seiner Empfehlung bittet der Kongress das Ministerkomitee, die Regierungen aufzufordern, eine neue Politik für ländliche Entwicklung zu erarbeiten, die auf die spezifischen Merkmale ländlicher Gebiete zugeschnitten ist und auf einem territorialen und bereichsübergreifenden Investitionsansatz basiert, und sich für mehr Gerechtigkeit und Wohlstand in diesen Gebieten einzusetzen.

10 Jahre Europäische Woche der lokalen Demokratie

Berichterstatterin: Gaye DOGANOGLU, Türkei (L, EPP/CCE)

Präsidium des Kongresses

CG33(2017)12prov
Entschließung

Im Entschließungsentwurf, der anlässlich des 10. Jahrestages der Europäischen Woche der lokalen Demokratie verfasst wurde, erneuert der Kongress seine Verpflichtung, diese paneuropäische Initiative zugunsten der kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften und Bürger Europas zu erneuern.

Der Entschließungsentwurf sieht des Weiteren die Einrichtung einer Reflexionsgruppe vor, die an einer Optimierung der Woche der lokalen Demokratie arbeiten wird.

Kommunale und regionale Demokratie in der Schweiz

Berichterstatter:

Marc COOLS, Belgien (L, ILDG) und Dorin CHIRTOACA, Republik Moldau (R, EPP/CCE)

Monitoring-Ausschuss

CG33(2017)14prov
Empfehlung

Dieser äußerst positive Bericht basiert auf dem zweiten Monitoring-Besuch in der Schweiz, seitdem dieses Land 2005 die Europäische Charta der kommunalen Selbstverwaltung ratifiziert hat. Er zeigt, dass die kommunale Selbstverwaltung in der Schweiz besonders tief verwurzelt ist. Alle Gemeinden verfügen über eine große Bandbreite an Befugnissen und Zuständigkeiten und über wesentliche Rechte der Selbstverwaltung. Die finanzielle Situation der Schweizer Gemeinden erscheint allgemein gesund, mit einer relativ geringen Schuldenquote. Verfahren der direkten Demokratie sind für alle Regierungsebenen hochentwickelt. Darüber hinaus begrüßen die Berichterstatter die Entscheidung des Schweizer Bundesrates, die Ratifizierung des Zusatzprotokolls zur Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung zum Recht auf Teilnahme an den Angelegenheiten der kommunalen Verwaltung zu genehmigen.

Der Bericht lenkt die Aufmerksamkeit auf die Notwendigkeit einer Verbesserung der direkten Einbeziehung von Gemeinden, insbesondere der großen Städte, in die Entscheidungsverfahren und im Hinblick auf die Frage der Nachhaltigkeit von Ressourcen in Zusammenhang mit dem Bedarf der Gemeinden, um diese in die Lage zu versetzen, ihren wachsenden Zuständigkeiten nachzukommen. Schließlich betont er die Notwendigkeit, einen gesetzlichen Rahmen festzulegen und Vorkehrungen im Hinblick auf die Finanzierung der Stadt Bern zu treffen, unter gebührender Berücksichtigung ihrer besonderen Situation.

Der Kongress fordert die Stellen auf zu gewährleisten, dass die Verwaltungsorgane, die zu interkommunalen Strukturen gehören, aus einem Mindestprozentsatz direkt gewählter Vertreter bestehen, um deren demokratisches Wesen abzusichern. Die Berichterstatter empfehlen den Schweizer Stellen des Weiteren, in Rücksprache mit den Kantonen die Möglichkeit bereitzustellen, den Anwendungsbereich der Charta auf die Kantone auszuweiten. Schließlich ruft der Kongress die Stellen auf, Artikel 4.4, 6.2, 8.2 und 9.5 der Charta, die die Schweiz de facto bereits erfüllt, zu ratifizieren

II. BEI DER KAMMER DER GEMEINDEN VORGELEGTE BERICHTE

Beobachtung der Kommunalwahlen in Finnland (9. April 2017)

Berichterstatlerin: Lelia HUNZIKER, Schweiz (SOC, L)

Monitoring-Ausschuss

CPL33(2017)05prov
Empfehlung

Auf offizielle Einladung der finnischen Ministerien für Justiz und Arbeit und für Kommunen und Verwaltungsreformen vom 8. August 2016 hat der Kongress der Gemeinden und Regionen eine 23-köpfige Delegation entsandt, um die landesweiten Kommunalwahlen am 9. April 2017 zu beobachten.

Vor dem Hintergrund einer umfassenden Verwaltungsreform ermöglichte die Beobachtung der Kommunalwahlen der Kongressdelegation einen Einblick in die wichtigen laufenden Veränderungen auf der Gebietsebene. In technischer Hinsicht waren die Kommunalwahlen 2017 mit Ausnahme einiger geringfügiger Probleme sehr professionell organisiert und zeichneten sich durch ein hohes Maß an öffentlichem Vertrauen in das Wahlverfahren und die Verwaltung aus. Transparenz, ein bewährtes System zur Wählereintragung und die Möglichkeit der vorzeitigen Stimmabgabe sind positive Merkmale der Kommunalwahlen in Finnland. Zu den Punkten, die berücksichtigt werden müssen, um weiteren demokratischen Fortschritt zu erzielen, zählen: die Modalitäten zur Aufstellung unabhängiger Kandidaten, die Einführung von Pflichtschulungen für Mitglieder der Wahlbehörden, die Förderung der Teilnahme von Nicht-Finnen als Wähler und Kandidaten auf kommunaler Ebene sowie die Frage der Bürgermeisterwahl anstelle des bestehenden offenen Bewerbungssystems, um die politische Rolle von Bürgermeistern zu stärken, insbesondere in größeren Stadtgebieten.

Im Hinblick auf die erwähnte Reform der regionalen Verwaltung fordert der Kongress die finnischen Behörden dazu auf, auf regionaler Ebene eine echte Dezentralisierung umzusetzen, insbesondere in Bezug auf die finanzielle Autonomie und die Übertragung von Befugnissen an die zukünftigen gewählten Regionalregierungen. Darüber hinaus ermutigt der Kongress die Behörden, die ersten Regionalwahlen, die 2018 stattfinden sollen, auf einen anderen Tag als die Präsidentschaftswahl zu legen, damit die Regionalwahlen nicht durch allgemeine politische Themen überschattet werden.

Das Funktionieren der Organe der kommunalen Demokratie im Kontext sprachlicher Vielfalt in den „Fazilitäten-Gemeinden“ (Gemeinden mit Spracherleichterungen) rund um Brüssel in der Flämischen Region

Berichterstatler:

Henrik HAMMAR, Schweden (L, EPP/CCE) und David ERAY, Schweiz (R, ILDG)

Monitoring-Ausschuss

CPL33(2017)02prov
Empfehlung

Der Bericht wurde nach einer Erkundungsmission, die vom 2. bis zum 3. Februar 2017 in Brüssel (Belgien) stattfand, mit dem Ziel verfasst, das Funktionieren der Strukturen der kommunalen Demokratie im Kontext der Sprachenvielfalt in „Fazilitäten-Gemeinden“ rund um Brüssel in der flämischen Region zu klären.

Der Bericht hebt die Nichtumsetzung der vorausgegangenen Kongress-Empfehlungen 131(2003), 258(2008) und 366(2014) in Bezug auf die Frage nach dem Ernennungssystem von Bürgermeistern/Bürgermeisterinnen hervor. Er unterstreicht, dass die Wahl der Bürgermeister/-innen, die direkt von den Bürgern gewählt werden, immer noch vom flämischen Innenminister befürwortet werden muss. In Folge zeigt die Erkundungsmission des Jahres 2017, dass sich die Situation seit der letzten Prüfung der Situation im Jahr 2008 nicht verbessert hat.

Der Bericht weist darauf hin, dass eine ungebührliche Einschränkung der Möglichkeit französischsprachiger Gemeinderäte in den „Fazilitäten-Gemeinden“ rund um Brüssel in der flämischen

Region, Französisch bei der Durchführung ihrer Tätigkeit als Gemeinderäte zu benutzen, eine Verletzung ihres Rechts auf Ausübung der lokalen Demokratie ist.

In Folge empfiehlt der Kongress den belgischen Stellen, das System der Ernennung von Bürgermeisterern durch den flämischen Innenminister abzuschaffen. Er ruft des Weiteren die nationalen Stellen auf, die Anwendung der Sprachengesetze auf die Gemeinden mit einer so genannten Spracherleichterung zu überarbeiten, damit der Gebrauch von Französisch und Flämisch durch kommunal gewählte Amtsträger bei der Erfüllung ihrer kommunalen Mandate ermöglicht wird.

Informationsbericht über die Wahlen zum Ältestenrat der Stadt Jerewan, Armenien (14. Mai 2017)

Berichterstatterin: Liisa ANSALA, Finnland (L, ILDG)
Monitoring-Ausschuss

CPL33(2017)04prov
Informationsdokument

Auf Einladung des Premierministers der Republik Armenien hat der Kongress eine Wahlbeobachtungsmission entsandt, um die Wahlen zum Ältestenrat der Stadt Jerewan am 14. Mai 2017 zu beobachten. Die Wahlen in Jerewan waren die ersten Kommunalwahlen, die gemäß dem 2016 verabschiedeten neuen Wahlgesetz durchgeführt wurden.

Abgesehen von einigen Unregelmäßigkeiten waren die Wahlen laut der Beurteilung der Kongressdelegation technisch gut vorbereitet, standen insgesamt im Einklang mit internationalen Normen und verliefen ruhig und geordnet. Allerdings bereiten wiederkehrende Probleme den Kongressbeobachtern Sorge, insbesondere die Qualität der Wählerverzeichnisse und die Tatsache, dass diese weiterhin eine große Zahl an Wählern umfassen, die *de facto* im Ausland leben. Um das Vertrauen der Bürger in das Wahlverfahren zu stärken, sollten die Behörden das Augenmerk auf Vorwürfe im Zusammenhang mit Stimmenkauf und dem Missbrauch administrativer Ressourcen legen. Außerdem sollte das Problem der Barrierefreiheit von Wahllokalen für Menschen mit Behinderung und ältere Menschen angegangen werden.

Darüber hinaus waren durch die Durchführung der Kommunalwahlen nur einen Monat nach den Parlamentswahlen am 2. April 2017 Transparenz und öffentliches Interesse an den Wahlen auf der Basisebene nicht gewährleistet. Der Kongress würde daher Maßnahmen zur Einführung eines einheitlichen Wahltags für die kommunale Ebene begrüßen, der zudem innerhalb einer angemessenen Frist vor oder nach den Parlamentswahlen stattfinden sollte.

III. BEI DER KAMMER DER REGIONEN VORGELEGTE BERICHTE

Regional- und Minderheitensprachen im heutigen Europa

Berichterstatter:

Lelia HUNZIKER, Schweiz (SOC, L) und Anna MAGYAR, Ungarn (R, EPP/CCE)

Ausschuss für aktuelle Angelegenheiten

CPR33(2017)02prov
Entschließung
Empfehlung

Der Bericht ist eine Bestandsaufnahme im Hinblick auf die Umsetzung der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen anlässlich des 25. Jahrestags seit der Auflegung zur Unterzeichnung und angesichts der neuen Entwicklungen in unseren Gesellschaften, u.a. der Digitalisierung. Er betont, dass die kommunalen und regionalen Gebietskörperschaften vom Grundsatz geleitet werden sollten, Vielfalt als bereicherndes Element der Gesellschaft zu betrachten und dass der Schutz historisch begründeter Regional- oder Minderheitensprachen der größte Schutz dieser besagten Vielfalt ist, der sowohl wirtschaftlich als auch kulturell positive Auswirkungen hat. Er fordert auf, wo und wann immer möglich, Maßnahmen zu ergreifen, um das Unterrichten von und die Bildung in Regional- oder Minderheitensprachen in ihren Regionen zu konsolidieren und zu entwickeln.

Der Bericht lenkt außerdem die Aufmerksamkeit der Mitgliedstaaten auf die Tatsache, dass Sparmaßnahmen in vielen Staaten zu Kürzungen im Bildungsbereich und bei Dienstleistungen für Sprecher von Minderheitensprachen geführt haben. Er fordert die Mitgliedstaaten auf, den Großteil dieser Sparmaßnahmen nicht zu Lasten der Sprachenpolitik durchzuführen. Er ruft, mit Hinweis auf das Bedauern, dass nur 25 Staaten die Charta ratifiziert und 8 diese unterzeichnet, aber nicht ratifiziert haben, die verbleibenden 14 Mitgliedstaaten auf, die Charta zu unterzeichnen und zu ratifizieren.